

**INHALT**



**ZUM HERAUSNEHMEN**  
Hessen zieht die Lehre aus dem Wattestäbchen-Desaster. Künftig werden nur DNA-freie Stäbchen verwendet. Das wird teuer.

**POLITIK** ..... **Seiten 6-9**

- Terrorismus: BKA rastert Telekom-Daten ..... **Seite 6**
- Afghanistan: Hamid Karsai und seine Konkurrenten ..... **Seite 8**
- Japan: Lehrer müssen Nationalhymne singen ..... **Seite 7**
- USA-Russland: Neuanfang mit atomarer Abrüstung ..... **Seite 9**
- Streik: Ärzte greifen Schmidt erneut an ..... **Seite 8**
- Argentinien: Alfonsín, Aufarbeiter der Diktatur, ist tot ..... **Seite 9**

**MEINUNG** ..... **Seiten 10-11**

Leitartikel: Der Finanzgipfel und die Berliner Genügsamkeit  
Kolumne: Klaus Kocks über Nutzen und Schaden von Umfragen  
Porträt: Stephanie Thieme bügelt die Gesetzessprache

**WISSEN & BILDUNG** ..... **Seite 12-13**

Graumulle und Nachtmulle leben in Staaten mit wenigen fortpflanzungsfähigen Tieren. Eine für Säugetiere ungewöhnliche Organisationsform der unterirdisch lebenden Art.



**WIRTSCHAFT** ..... **Seiten 14-22**

- Arbeitskampf: Ungewöhnliche Protestformen ..... **Seite 14**
- Klima: Unterirdische Speicher für CO<sub>2</sub> ..... **Seite 18**
- Daimler: Beschäftigte sollen Opfer bringen ..... **Seite 15**
- Banken: Fusion von DZ und WGZ geplatzt ..... **Seite 19**
- Ausbildung: Schutzschirm für Lehrstellen ..... **Seite 16**
- Maschinenbau: Massiver Auftragseinbruch ..... **Seite 22**

**PANORAMA** ..... **Seiten 23-34**

60 Jahre Nato: Grund zum Feiern? Grund zum Nachdenken!

**SPORT** ..... **Seiten 35-39**



- Doping: Kohls Geständnis erschüttert Sportwelt .... **Seite 36/37**
- Gastbeitrag: Mario Thevis über Nachweisbarkeit ..... **Seite 36**
- Eintracht Frankfurt: Hinten mauern, vorne Liberopoulos .. **Seite 38**
- Basketball: Frankfurt Skyliners stecken in der Krise ..... **Seite 38**
- 3. Liga: Kickers Offenbach fällt zurück ..... **Seite 39**

**FEUILLETON** ..... **Seiten 41-49**

- Schauen: Große Calvinisten-Ausstellung in Berlin ..... **Seite 41**
- Gucken: Ausstellung im Frankfurter Kunstverein ..... **Seite 44**
- Sehen: Werner Schroeters großer Film „Eine Nacht“ ..... **Seite 42**
- Glotzen: Kurt Krömer und seine neue TV-Staffel ..... **Seite 49**

**MAGAZIN** ..... **Seiten 52-56**

- Videostar: Gespräch mit Smudo über die Urheberrechte im Internet .... **Seite 52**
- „Phantom“-Jäger Huber: Interview über DNA, Wattestäbchen und Frust . **Seite 55**
- Alter Schotte: Sean Connery preist seine Heimat – nicht allen gefällt's .... **Seite 56**



**RUBRIKEN** .....

- Impressum ..... **Seite 10**
- Rätsel ..... **Seite 40**
- Börse ..... **Seiten 20-21**
- Medien ..... **Seite 49**
- Aktie des Tages ..... **Seite 21**
- TV-Programm ..... **Seiten 50-51**
- Familienanzeigen ..... **Seite R14**
- Wetter ..... **Seite 54**

**Weltfinanzgipfel** Wie man gut mit Geld umgeht, ist Glaubenssache – im

# Die acht Thesen des

Deckelung von Managergehältern, ein globaler Finanz-TÜV, kurze Zügel für die internationale Finanzbranche – das sind drei der acht Forderungen, die der Ökonom und Ethiker Bernhard Emunds im Auftrag der Frankfurter Rundschau für den Londoner Gipfel formuliert hat. Am Ende, so gibt er den 20 Staats- und Regierungschefs mit auf den Weg, müsse der Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise in einem sozialen und ökologischen Politikwechsel liegen.

**4 Die strenge Regulierung der gesamten Finanzbranche ist die notwendige Kehrseite ihres Erpressungspotenzials.**

Die Unverzichtbarkeit der Banken hat zur Folge, dass sie Regierungen in der Krise dazu zwingen können, sie zu retten. Damit die Institute im Aufschwung nicht zu riskante Strategien wählen, die später extrem teure Rettungsmaßnahmen erfordern, müssen die Regierungen die Finanzbranche sehr viel mehr als andere Branchen durch Verbote einengen. Die Kapitaldeckungsvorschriften sind so weiter zu entwickeln, dass sie in guten Zeiten die Risikoübernahme der Banken bremsen. Transparenzvorschriften sind auf alle Institute, Produkte und Märkte der Finanzwirtschaft anzuwenden.

**6 Damit in Zukunft nicht mehr eine große Preisblase auf den Vermögensmärkten entstehen kann, muss es möglich werden, Kreditzuflüsse auf diese Märkte einzuschränken, ohne zugleich das realwirtschaftliche Wachstum „abzuwürgen“.**

Der aktuelle Crash der Wertpapierkurse und Immobilienpreise verdeutlicht das Platzen einer großen Preisblase auf den Vermögensmärkten, die in den vergangenen dreißig Jahren vor allem kreditfinanziert gewachsen ist. Diese Kreditströme und die von ihnen getragenen Preissteigerungen waren zugleich eine wichtige Quelle für das Spitzenentgelt und die hohen Gewinne, die im Investmentbanking durch das ständige Neuarrangieren von Vermögenspositionen (Portfoliooptimierung, Mergers & Acquisitions etc.) erzielt werden konnten. Das Wachstum einer solchen Preisblase, das im Finanzbereich zum Teil hohe Einkommen ohne Wertschöpfung ermöglicht und letztlich in die Krise führt, muss in Zukunft verhindert werden. Für die Zeit nach der Krise empfehlen deshalb viele Experten den Zentralbanken eine konsequente Hochzinspolitik. Damit freilich zwingen die Währungshüter die beteiligten Volkswirtschaften – bei hoher Staatsverschuldung (!) – in eine lange Schwächephase. Statt dessen sollten besser neue Steuerungsinstrumente eingeführt werden, mit denen bei Entstehen einer Preisblase selektiv nur diejenigen Kredite verteuert werden können, die für den Kauf von Finanztiteln oder Immobilien genutzt werden. Zu diesem Zweck sollten die Eigenkapitalnormen für Banken oder die Vorschriften, wie viel Mindestreserve sie halten müssen, weiterentwickelt werden.

**5 Ein globaler Finanz-TÜV stellt eine Liste der erlaubten Finanzprodukte zusammen.**

In den letzten drei Jahrzehnten haben spezialisierte Investmentbanker mit einer ungeheuren Dynamik immer komplexere Finanztitel erfunden, deren Risiken schließlich von niemandem mehr überschaut wurden. Andere Produkte oder auch Formen von Tochtergesellschaften wurden kreiert, nur um bestehende staatliche Regeln, die zur Risikobegrenzung zwingen sollten, zu umgehen. Effektive Regulierung ist daher nur möglich, wenn solche Finanzinnovationen in Zukunft grundsätzlich verboten sind. Eine neu zu schaffende Behörde („Finanz-TÜV“) sollte alle vorhandenen Finanzprodukte auf Vorteile und Risiken hin prüfen und eine Positivliste der wirklich sinnvollen erstellen. Alle Finanztitel, die nicht auf dieser Liste stehen, wären dann verboten.

**EU-Entwicklungskommissar** Louis Michel die Industrieländer aufgerufen, die Belange der ärmsten Staaten angemessen zu berücksichtigen.

„Andernfalls bezahlen wir alle dafür, etwa in Form von mehr Armutsmigration“, warnte Michel am Mittwoch. Michel forderte eine deutliche Erhöhung der Entwicklungshilfe, bessere interna-

tionale Finanzierungsmechanismen und mehr Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit.

**Als Beispiele für** neue Finanzierungsmechanismen nannte er Sonderabgaben auf Flugtickets, Steuern auf den Kohlendioxid-Ausstoß und die Tobinsteuer auf Devisengeschäfte.

**Bundesentwicklungsministerin** Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) forderte, die Entwicklungsländer nicht aus dem Blick zu verlieren. Sie „wurden von der weltweiten Finanzkrise schwer getroffen, obwohl sie keine Schuld an der Krise haben“, sagte Wieczorek-Zeul am Mittwoch in Berlin. Die Ministerin forderte die 20 wichtigsten Industrie-

Privaten wie auch ganz global. Die FR gibt den Lenkern der 20 wichtigsten Staaten Tipps für ihr Konklave in London.

# (Wirtschafts-)Reformators

## 1 Finanzinstitute, deren Schulden ohne staatliche Unterstützung größer als die Vermögenswerte sind, werden vorübergehend verstaatlicht.

Der Bankensektor gleicht einer großen Geldmaschine, die durch die Vergabe von Krediten ständig neues Geld „produziert“. Bei einem Zusammenbruch dieses Sektors würden die Wirtschaftsakteure nicht mehr mit Geld ausgestattet, die meisten Zahlungsströme kämen zum Erliegen, die Wirtschaft säne beinahe auf das Niveau einer agrarischen Selbstversorgung. Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit der Finanzinstitute untereinander können die Regierungen den Zusammenbruch *keines* größeren Instituts zulassen. Hohe Summen an Steuergeldern sollten aber nur dann für die Rettung von Finanzinstituten ausgegeben werden, wenn die Staatshaushalte im nächsten Aufschwung durch den Verkauf der Institute (beziehungsweise der Anteile daran) wieder entlastet werden können.

## 2 Für die Dauer der Krise werden die Kapitaldeckungsvorschriften für Banken außer Kraft gesetzt.

In den letzten zwanzig Jahren wurden die Geschäftsbanken durch die international harmonisierten Kapitaldeckungsvorschriften (letzte Reform: „Basel II“) kaum daran gehindert, Risiken einzugehen. Jetzt, in den schwierigen Zeiten, dagegen wirken sie krisenverschärfend, weil sie die Banken zur Zurückhaltung – insbesondere bei der Kreditvergabe – zwingen. Ihre Anwendung ist deshalb auszusetzen.

## 3 Für die Dauer der Krise wird der Kleine-Jungen-Wettbewerb der Manager, wer die höchsten Einkommen kassieren könne, durch eine weltweit gültige absolute Obergrenze (500 000 Dollar pro Jahr) beendet. In der gleichen Zeit werden die Gewinnausschüttungen der Kapitalgesellschaften zu 100 Prozent besteuert.

Beide Maßnahmen zielen auf Substanzsicherung der Kapitalgesellschaften. Hintergrund sind die Schwierigkeiten der Unternehmen, sich auf dem Kapitalmarkt oder bei Banken Finanzmittel zu besorgen. Auch die stark angeschlagene Eigenkapitalbasis der Finanzinstitute soll gestärkt werden. Setzen die Regierungen der wirtschaftlich starken Länder bei allen Kapitalgesellschaften die Einkommensobergrenze für Manager und leitende Angestellte durch, dann entfällt das Risiko, dass Vorstände mit hoher Reputation zu Konzernen wechseln, die keinen derartigen Beschränkungen unterliegen.

## 7 Die Weltwirtschaftskrise kann nur durch einen sozialen Politikwechsel überwunden werden.

Wie die Große Depression in den USA, so wird auch die aktuelle Weltwirtschaftskrise nur zu überwinden sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger in den involvierten Ländern sehen, dass sie es mit einem halbwegs fairen Wirtschaftssystem und mit einer für ihre vitalen Interessen offenen Demokratie zu tun haben. Das Pendel, das mit dem Sieg des Monetarismus, dem Thatcherismus beziehungsweise den Reagonomics und den jüngsten „aktivierenden“ Sozialreformen in die eine Richtung geschwungen ist, muss nun wieder zurückschwingen! In den einzelnen Ländern kann ein solcher Politikwechsel unterschiedlich ausbuchstabiert werden – in den USA vielleicht durch Einführung universaler Sozialversicherungen, in Deutschland zum Beispiel durch einen flächendeckenden Mindestlohn, der durch die zielgenaue Förderung von Familien mit niedrigem Arbeitseinkommen zu flankieren ist. In jedem Fall sollte bereits ein erheblicher Teil der Mittel, die in der nächsten Runde der Konjunkturpakete vergeben werden, für einen solchen sozialen Politikwechsel genutzt werden.

## 8 Mit Blick auf den Klimawandel müssen die Konjunkturpakete ökologisch umgepackt werden.

Eine zentrale politische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte liegt darin, die Emission von Treibhausgasen so zu senken, dass sich das Weltklima nicht mehr als um zwei Grad Celsius erwärmt. Da zugleich den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern der Spielraum für hohe Wachstumsraten bei steigenden Emissionen zu sichern ist, müssen die Industrieländer ihre Emissionen in den nächsten 15 Jahren fast halbieren. Auch die Schwellenländer stehen vor der Aufgabe, die Strukturen ihres Wirtschaftens konsequent ökologisch zu modernisieren. Die Regierungen vereinbaren daher, ihre Konjunkturpakete unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz zu modernisieren: ökologisch unverträgliche Maßnahmen (wie die Förderung der heimischen Autoindustrie) werden gestrichen und neue Maßnahmen, die zur Reduktion von Emissionen führen (Gebäudesanierung, ÖPNV, regenerierbare Energien etc.), hinzugefügt.

### DER REFORMATOR



**Bernhard Emunds** ist Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie.

**Der Volkswirt,** 1962 in Aachen

geboren, leitet das Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen.

**Zu seinen Arbeitsschwerpunkten** gehören Theorie und Ethik der Finanzwirtschaft sowie Ethik der Arbeit und Ethik des Sozialstaats.

### RUF NACH HILFEN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER

und Schwellenländer auf, den Vorschlag von Weltbank-Präsident Robert Zoellick aufzunehmen, wonach 0,7 bis ein Prozent der Konjunkturprogramme der Industrieländer in Entwicklungsländer investiert werden sollten. Deutschland erfülle diese Forderung bereits.

**Papst Benedikt XVI.** warnte die Teilnehmer des Gipfels vor protektionistischen Strategien. „Der Weg aus der globalen Krise kann nur gemeinsam gefunden werden“, schreibt das katholische Kirchenoberhaupt in einem am Mittwoch veröffentlichten Brief an Londons Premier Gordon Brown.

**Die Mehrheit der Weltbevölkerung,** beklagt das Oberhaupt der Katholiken in dem Schreiben auch, sei beim Gipfel nicht vertreten. Die Entwicklungsländer litten am meisten unter den Folgen der Rezession, für die sie nicht verantwortlich sei. Die Staaten verfügten über „das größte Poten-

zial für einen Beitrag zum Fortschritt aller“.

**Der Einsatz für die UN-Millenniumsziele** zur Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015 sei angesichts der Krise wichtiger denn je, mahnte Benedikt die Gipfelteilnehmer. Als einen der Haupt-

gründe für die Krise nannte der Papst ein „Ethik-Defizit in Wirtschaftsstrukturen“. Die Wirtschaft müsse ethische Komponenten beinhalten.

**US-Präsident Barack Obama** wird in der zweiten Jahreshälfte China besuchen. Das erklärte das

Weißer Haus am Mittwoch nach einem Treffen Obamas mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao in London. Obama und Hu seien sich einig, den Welthandel und den Investitionsfluss zu unterstützen und dem Protektionismus trotz der weltweiten Wirtschaftskrise eine Absage zu erteilen.